

**NIEDERSCHRIFT**

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am 29. April 2019 im Sitzungssaal,  
Schlossplatz 1, 89264 Weißenhorn

**Beginn:** 19:02 Uhr

**Ende:** 19:31 Uhr

**Anwesend:****Vorsitzender**

Dr. Fendt, Wolfgang

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Biberacher, Marcus

Dick, Ingeborg

Döring, Christiane

Fliegel, Ulrich

Hoffmann, Ulrich

Dr. Hogrefe, Günther

Janjanin, Silvia

Jüstel, Bernhard

Keller, Ernst-Peter

Kühle, Gunther

Lutz, Kerstin

Niebling, Franz Josef

Niesner, Peter

Raschke, Kornelia

Richter, Herbert

Schrodi, Michael

Schulz, Thomas

Snehotta, Sabine

Vogel, Werner

Weber, Elmar

Weiss, Werner

Zintl, Josef

**Mitglied der Verwaltung**

Graf-Rembold, Claudia

Müller, Melanie

**Schriftführer/in**

Gruber, Christine

**Abwesend:**

Amann, Johannes

Kempter, Jutta

**TAGESORDNUNG:**

1. Bekanntgaben
2. Erfassung von Leichtverpackungen - Empfehlung des künftigen Holsystems SR 35/2019
3. Einführung eines Carsharing Angebots in Weißenhorn SR 31/2019
4. Anfragen der Stadträte
  - 4.1. Anfrage Stadtrat Schrodi
  - 4.2. Anfrage Stadtrat Jüstel
  - 4.3. Anfrage Stadtrat Fliegel

\*\*\*\*\*

Bürgermeister Dr. Wolfgang Fendt eröffnete um 19:02 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates und begrüßte die Mitglieder des Stadtrates sowie die Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Weißenhorn, 14.05.2019

Gruber, Christine  
Schriftführer/in

Dr. Wolfgang Fendt  
1. Bürgermeister

\*\*\*\*\*

## 1. Bekanntgaben

Bürgermeister Dr. Fendt sprach zunächst den Zeitungsartikel über die Messer-Disco in Wallenhausen an („Die Messer-Disco ist Geschichte“, erschienen in der Neu-Ulmer Zeitung vom 27. April 2019). Hier wurde Bürgermeister Dr. Fendt zitiert, man sei mit den Eigentümern unfair umgegangen. Dadurch sei der Eindruck erweckt worden, die Jugendlichen seien für den verursachten Müll verantwortlich. Er stellte klar, dass er nicht wisse ob es die Jugendlichen waren, da er noch nicht mit ihnen gesprochen habe. Man müsse immer beide Seiten hören. Wenn aber jemand über viele Jahre Raum zur Verfügung stelle, habe derjenige auch das Recht dies wieder zu beenden. Dies müsse man akzeptieren. Bezüglich des Sachstands habe er sich letzte Woche mit Stadtrat Niebling und Stadtrat Fliegel getroffen, um einen möglichen Alternativstandort für die Hütte zu finden. Außerdem habe er mit der Mutter eines Jugendlichen gesprochen und mit ihr vereinbart, sie sollen intern entscheiden was sie möchten. Dann werde man sich noch einmal zusammensetzen, um eine vernünftige Lösung zu finden. Wichtig sei hier jedoch, dass sich der neue Standort nicht im Ortskern befinde. Sonst habe man gleich das nächste Problem mit den Anwohnern. Von den Jugendlichen könne man eine gewisse Mitwirkung erwarten, so dass man eventuell schon in der nächsten Sitzung berichten könne was gemacht werde. Bürgermeister Dr. Fendt bedankte sich bei den Stadträten Niebling und Fliegel für deren Einsatz.

Anschließend ging Bürgermeister Dr. Fendt auf die Anfrage von Stadtrat Biberacher bzgl. Lkws in Wohngebieten ein und erläuterte, dass § 12 Absatz 3a StVO folgendes vorschreibt: *„Mit Kraftfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse über 7,5 t sowie mit Kraftfahrzeuganhängern über 2 t zulässiger Gesamtmasse ist innerhalb geschlossener Ortschaften in reinen und allgemeinen Wohngebieten das regelmäßige Parken in der Zeit von 22:00 bis 06:00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen unzulässig.“* Der Sachverhalt werde an die kommunale Verkehrsüberwachung weitergegeben.

Weiterhin habe Stadtrat Hoffmann wegen der Ortsdurchfahrt in Bubenhausen und dem Schutz der Bäume nachgefragt. Bürgermeister Dr. Fendt berichtete, dass vor Ort bereits ein Termin mit Frau Mayer vom Bauhof und einem Baumdoktor vom Straßenbauamt stattgefunden habe. Die bisher erhaltene Antwort gehe noch nicht darauf ein ob die Umsetzung „Din-gerecht“ erfolgt. Da es sich um eine Planung des Straßenbauamtes handle, werde man dort nachhaken.

Abschließend begrüßte Bürgermeister Dr. Fendt noch kurz Frau Gruber, die heute das erste Mal bei der Sitzung anwesend war und die Nachfolge von Frau Heisler antritt.

\*\*\*\*\*

## **2. Erfassung von Leichtverpackungen - Empfehlung des künftigen Holsystems**

SR 35/2019

### **Sachverhalt:**

In der Sitzung des Stadtrates vom 25.02.2019 wurde der Beschluss gefasst, dass die Erfassung der Leichtverpackungen zukünftig über ein Holsystem erfolgen soll. Die Details sollten mit den Kommunen Vöhringen, Illertissen und Senden geklärt werden. Aufgrund der Erfahrungswerte des Abfallwirtschaftsbetriebs Neu-Ulm dürfte die Chance auf eine Änderung des Sammelsystems für Leichtverpackungen am größten sein, wenn sich die drei Städte hinsichtlich des Erfassungssystems abstimmen und einheitlich verhalten würden.

Zwischenzeitlich hat ein Gespräch mit den Bürgermeistern stattgefunden, in dem die weitere Vorgehensweise harmonisiert wurde. Die Stadt Senden möchte den gelben Sack als Sammelsystem beibehalten. Es wurde festgehalten, dass bei den Städten Illertissen, Vöhringen und Weißenhorn die Erfassung von LVP über das Holsystem „Gelbe Tonne“ erfolgen soll. Zusätzlich soll den Bürgern die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Leichtverpackungen auch an den Wertstoffhöfen lose in einen Sammelcontainer abzugeben. Die Problematiken des fehlenden Stellplatzes am Grundstück, sowie der etwaigen entstehenden Mehrmengen könnte somit entgegnet werden.

Generell ist bei einer Sammlung über die Gelbe Tonne mit einer vierwöchentlichen Abfuhr zu rechnen. Als Verhandlungsbasis gegenüber dem Dualen Systemen soll eine 14-tägige Abfuhr angestrebt werden. Es sollen in jedem Fall auch die Mehrkosten einer 14-tägigen Abfuhr abgefragt werden, um ggf. eine verkürzte Sammlung der LVP als Zusatz auf Kosten der Kommunen prüfen zu können.

Die Verwaltung empfiehlt, dem von den Bürgermeistern ausgehandelten Vorschlag für das zukünftige Sammelsystem zuzustimmen und dem AWB Neu-Ulm als Verhandlungsmandat zu erteilen.

### **Diskussion:**

Stadtrat Richter bedankte sich für die Sitzungsvorlage und erläuterte, dass er nach wie vor den Wertstoffhof favorisiere. Der Vorschlag mit der gelben Tonne sei aber ein guter Kompromiss. Wichtig bei der Umsetzung sei aber ins Detail zu gehen. Neben der Erfassung von Leichtverpackungen dürfe darüber hinaus auch das Thema der Müllvermeidung nicht aus den Augen verloren werden. Man müsse verstärkt in die Information und Aufklärung einsteigen sowie entsprechende Initiativen ergreifen, um Müll gar nicht erst entstehen zu lassen. Bürgermeister Dr. Fendt berichtete, dass kürzlich Frau Döring mit einigen Kindern wegen einer Müllsammelaktion da waren. Diese werden in der nächsten Sitzung ihr Konzept zum Thema Müll sammeln vorstellen. Stadtrat Fliegel berichtete, dass man die gelbe Tonne sehr begrüße und nun auch die Bürger in den Stadtteilen die Möglichkeit haben ihren Müll zu sortieren. Gerade auf dem Land seien bisher viele Bürger nicht bereit gewesen ihren Müll zu trennen und nach Weißenhorn zu fahren. Vieles sei daher dem Restmüll zugeführt worden. Es wäre zudem wichtig, die 14-tägige Leerung im Auge zu behalten. Die Menge an Müll habe in den letzten Jahren zugenommen. Hierzu gehöre auch der wiederverwertbare Müll, so dass die gelbe Tonne in vier Wochen wahrscheinlich randvoll sein werde. Hinzu komme, dass man in die gelbe Tonne nicht hineinsieht wie beim gelben Sack, so dass womöglich auch Müll hineingeschmuggelt werde, der nicht hineingehöre.

Stadtrat Biberacher berichtete, dass er noch nie so oft zu einem Thema angesprochen und so viel Positives an ihn herangetragen wurde. Die gelbe Tonne sei eine gute Sache.

### **Beschluss:**

Die Stadt Weißenhorn beauftragt den Abfallwirtschaftsbetrieb Neu-Ulm, das Holsystem Gelbe Tonne mit der ergänzenden Abgabe von Leichtverpackungen am Wertstoffhof, zu verhandeln. Weiterhin sollten die Mehrkosten für eine 14-tägige Abfuhr abgefragt werden.

### **Abstimmungsergebnis:** 23:0

\*\*\*\*\*

### **3. Einführung eines Carsharing Angebots in Weißenhorn** SR 31/2019

#### **Sachverhalt:**

Am 16.07.2018 beschloss der Stadtrat in seiner öffentlichen Sitzung die Einführung eines (Elektro-)Carsharing-Systems.

Die Verwaltung wurde beauftragt, Angebote für den Aufbau eines Carsharing-Systems, bestehend aus zwei Fahrzeugen einzuholen.

Zur Angebotsabgabe standen vier Betreiber zur Auswahl. Die Firma Mikars wurde nicht angeschrieben, da deren System auf Spenden basiert. Eine Anfrage zur Angebotsabgabe erhielt letztlich die SWU Energie GmbH, die EWAG AG, sowie die Firma Confitech Dienstleistungs GmbH.

Zwischenzeitlich haben die EWAG AG und Confitech Dienstleistungs GmbH einen Kooperationsvertrag abgeschlossen und ein gemeinsames Angebot abgegeben. Ebenfalls hat die SWU Energie GmbH an der Ausschreibung teilgenommen und ein Angebot abgegeben.

Zusammengefasst wurden folgende Hauptaspekte als Kriterien für die Ausschreibung festgelegt:

Das Angebot sollte aus zwei Fahrzeugen bestehen, hiervon eines in Form eines Elektrofahrzeugs der Kompaktklasse, das Zweite wahlweise mit Verbrennungsmotor.

Die Fahrzeuge bzw. das Carsharing-Angebot sollten für eine Dauer von mindestens drei Jahren bereitgestellt werden.

Die Ladeinfrastruktur ist mit Ökostrom zu versorgen und das System sollte möglichst eine breitgefächerte Quernutzung im Sinne der Nutzung weiterer Carsharing-Systeme in anderen Städten ermöglichen.

Nach Wertung der Kriterien entspricht das Angebot der EWAG AG und Confitech Dienstleistungs GmbH den Erfordernissen eher, als das Angebot der SWU Energie GmbH.

Bei ersterem Anbieter wurden sowohl ein Elektro- als auch Verbrennerfahrzeug angeboten, welche jedoch beide als Kleinwagen einzustufen sind, anstelle der Kompaktklasse zugerechnet werden können. Als Teil der Stadtmobilgruppe ergeben sich hier jedoch auch zahlreiche Quernutzungsmöglichkeiten zu Carsharing-Angeboten in anderen Städten.

Die SWU Energie GmbH betreibt lediglich eine Flotte von Elektrofahrzeugen und das Angebot ist in Pakete geteilt. Ein Paket besteht aus einer Ladesäule und einem Elektrofahrzeug.

Auch wenn nach der Auswertung das Angebot der SWU Energie GmbH als monetär günstiger erscheint, muss dennoch bedacht werden, dass für ein zweites Fahrzeug ein weiteres Paket beauftragt werden müsste, was dann preislich das Gemeinschaftsangebot der EWAG AG übersteigt.

Weiterhin müsste die Stadt Weißenhorn im Falle des Systems mit der SWU städtisches Personal vorhalten, welches die Anmeldung der Bürger zum Carsharing durchführt.

Auf eine dreijährige Laufzeit wäre bei zwei Paketen die SWU Energie GmbH preislich bei 24.000 Euro für die Stadt Weißenhorn zu sehen und das Gemeinschaftsangebot der EWAG AG und Confitech Dienstleistungs GmbH bei 21.420 Euro.

Als Standort präferieren beide Anbieter entsprechende Parkplätze beim Bahnhof /Busbahnhof vorzusehen, um Synergieeffekte für Pendler im öffentlichen Personennverkehr zu nutzen.

Die erforderlichen Parkflächen müssten von der Stadt Weißenhorn als Sondernutzungsflächen gekennzeichnet und per Sperrbügel gesichert werden. Hierfür werden drei Parkplätze benötigt.

### **Diskussion:**

Es schloss sich eine ausführliche Diskussion an. Stadtrat Richter berichtete, dass man sich grundsätzlich darüber einig sei ein Carsharing-Angebot als Ergänzung zu anderen Mobilitätsformen zu etablieren. Bei den nun vorliegenden Angeboten müsse man aber noch einige Punkte klären. Zum einen werde der Standort Bahnhof präferiert. Dies finde er grds richtig. Er gab jedoch zu bedenken, dass beide Anbieter bei Ausfall eines der Fahrzeuge keinen Ersatz zur Verfügung stellen, so dass sich eine gewisse Lücke ergebe. Dies sei nicht förderlich für die Akzeptanz bei den Nutzern. Darüber hinaus stelle sich die Frage, ob es sich hier um herkömmliche Ladestationen oder Schnellladestationen handle, was für die Akzeptanz ebenfalls sehr wichtig sei. Unklar sei weiterhin, ob es sich um „richtigen“ Ökostrom aus neuen Anlagen handle. Eine wichtige Thematik betreffe darüber hinaus die Kosten für die Nutzer. Der von Frau Müller und Frau Töpfer aufgestellte Vergleich der zwei Nutzungsmöglichkeiten zeige aus seiner Sicht, dass das zweite Angebot deutlich günstiger sei als das erste. Dies würde für das zweite Angebot eine Präferenz bedeuten. Denn letztlich sei es entscheidend was der Nutzer zahlen muss, damit hierfür eine Akzeptanz hergestellt und das Angebot genutzt werde.

Ein weiterer großer Punkt sei die Kostenbeteiligung der Stadt, damit habe er ein Problem. Die E-Mobilität sei zwar momentan „in“, er persönlich sei davon noch nicht überzeugt. Andere Technologien etwa wie Brennstoffzellen usw. dürfe man nicht ganz außer Acht lassen. Dies sehe er eher als zukunftsfähig. Bezüglich der Kostenbeteiligung

seien beide Anbieter ungefähr gleich. Das unternehmerische Risiko liege aber beim Investor, er sehe es nicht ein, dass die Stadt mit hohen Kosten beteiligt werde. Zum anderen sei die Stadt aufgefordert Stellplätze kostenfrei zur Verfügung zu stellen, bei der Werbung zu unterstützen usw. Dies koste auch Geld und wiege sich ungefähr mit der Kostenforderung auf, die von beiden Anbietern in den Raum gestellt wurde. Was werde zudem gemacht, wenn ein Anbieter z.B. eine Tankstelle für Biodiesel oder Erdgas errichten wolle oder ein Anbieter eine Autovermietung eröffnen möchte? Müsse hier die Stadt dann auch bei den Kosten unterstützen? Dies sei noch ein großer Diskussionspunkt, hier solle man mit beiden Anbietern nochmal ins Gespräch gehen. So was könne nicht einfach beschlossen werden mit der Bedingung die Stadt solle sich beteiligen. Unter anderen Rahmenbedingungen könne er es sich vorstellen. Man könne beispielsweise ein kleines Gemeinschaftsunternehmen gründen, an dem beide Parteien zu gleichen Teilen beteiligt wären und sich die Chancen und Risiken teilen. Dies wäre ein faires Geschäft.

Herr Fendt bekannte sich bei Stadtrat Richter und berichtete, dass das Angebot mit Kostenvergleich erst am Freitag zugeschickt wurde. Er schlug vor, das Thema noch um einen Monat zurückzustellen, um die von Herrn Richter angesprochenen Punkte mit den Anbietern zu diskutieren.

Herr Jüstel berichtete, dass er ja den Stein ins Rollen gebracht habe und grundsätzlich dafür sei das System einzuführen. Aus seiner Sicht gehöre es zum Mobilitätsprogramm dazu. Man habe in den letzten Jahren viel an Mobilität gelernt und baue Infrastrukturen auf. Aus seiner Sicht könne man dem System wie in der Sitzungsvorlage vorgeschlagen zustimmen. Er sei davon überzeugt, dass es funktioniert, man betrete ja kein Niemandsland. Das Angebot der Confitech Dienstleistungs GmbH und der E-WAG AG bringe zudem Vorteile, man habe den Anbieter vor Ort und das auf drei Jahre angelegte Pilotprojekt sei für eine Kleinstadt attraktiv. Er habe aber nichts dagegen die Sache noch etwas zurückzustellen, um die Feinheiten mit den Anbietern zu besprechen.

### **Beschluss:**

Aufgrund der noch zu klärenden Punkte wird die Einführung eines Carsharing-Angebots in Weißenhorn um einen Monat zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 23:0

\*\*\*\*\*

#### **4.1. Anfrage Stadtrat Schrodi**

Stadtrat Schrodi erkundigt sich bzgl. der Thermoabdeckung für das Freibad. In einer Sitzungsvorlage sei ein Einsparpotenzial in Höhe von 23.000 Euro genannt. Er möchte wissen, wie diese Einsparung zustande kommt und bittet um nochmalige Prüfung, da keine Heizkosten in dieser Größenordnung anfallen.

Bürgermeister Dr. Fendt antwortete, dass dies damals auf Bitte von Richter zurückgestellt worden sei, um nochmal eine Amortisationsrechnung durchzuführen. Er wisse nicht ob dies inzwischen erledigt sei. Heuer könne man ohnehin nichts mehr machen, da die Freibadsaison beginne. Man habe Zeit bis nächstes Jahr um dies in Ruhe zu lösen.

\*\*\*\*\*

#### **4.2. Anfrage Stadtrat Jüstel**

Stadtrat Jüstel weist darauf hin, dass nach dem Legen der Fernwärmeleitungen im zweiten Abschnitt die Fahrbahnmarkierungen wie beispielsweise Zebrastreifen z.T. nicht erneuert wurden. Dies falle im ganzen Stadtgebiet auf, u.a. in der Oberhauser Straße, im Bereich der Mittelschule oder der Herzog-Georg-Straße. Auch wenn man mit dem Fahrrad unterwegs sei fehlen rote Markierungen bei den Einfahrten, damit die Radler diese sicher überqueren können. Er schlug vor, dies alles in einer Verkehrsschau genau zu betrachten, um im Hinblick auf eine fahrradfreundliche Kommune eine bessere Verkehrssicherheit zu erreichen.

Bürgermeister Dr. Fendt berichtete, dass man gerade dabei ist solche Stolperfallen zu beseitigen. In diesem Zusammenhang kam es auch bei der Ausfahrt Aldi zu gewissen Gefährdungen. Es werde gerade geprüft ob man hier ebenfalls einen roten Streifen anbringt.

\*\*\*\*\*

#### **4.3. Anfrage Stadtrat Fliegel**

Stadtrat Fliegel nahm Bezug auf den Bebauungsplan Erweiterung Peri 2, Daimlerstraße. Hier stehe immer noch der Waldersatz aus. Auf der Flurstücknummer 310 in Wallenhausen sollten 4,4 ha Wald aufgeforstet werden. Er fragte nach inwieweit dies inzwischen geschehen sei, seiner Meinung nach sei noch nichts aufgeforstet.

Bürgermeister Dr. Fendt antwortete, man werde in der nächsten Sitzung darüber berichten.